1.3. *„Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“*

Bereits im Januar 1944 hatte die Führung der KPD im Moskauer Exil aus taktischen Erwägungen beschlossen, nach dem Krieg alle Parteien in einem „nationalen Block der kämpferischen Demokratie“ zu vereinigen.[39] Dabei war die KPD von Anfang an nicht gewillt, die anderen Parteien als gleichberechtigte Konkurrenten um die Macht anzuerkennen. Die Blockpolitik war „Camouflage“[40]. Sie diente allein der Beeinflussung des Parteiensystems und der Durchsetzung kommunistischer Interessen.

Nach dem sowjetischen Einmarsch gingen die Initiativgruppen der KPD mit sowjetischer Unterstützung an die Umsetzung ihres Konzeptes. Zunächst wurden überall im Lande „Antifa-Blocks“, meist aus Kommunisten und Sozialdemokraten, gebildet. Die SMAD und KPD-Führung sah in der Bildung einer „Einheitsfront“ mit den Sozialdemokraten die Grundlage für eine umfassendere Zusammenarbeit aller politischen Kräfte im Block als der zentralen „Volksfrontorganisation“. Durch ihre enge Zusammenarbeit sollten KPD und SPD ihre Dominanz im Block sichern und die SPD von einer Hinwendung zu den bürgerlichen Kräften abgehalten werden.[41]

Auch die Praxis bei der Zulassung der Parteien durch die SMAD folgte im wesentlichen den bündnispolitischen Erwägungen der Kommunisten.[42] Nachdem Grotewohl die Bereitschaft zur Mitarbeit der SPD in der Einheitsfront erklärt hatte, drängten SPD und KPD die bürgerlichen Parteien gemeinsam zur Zusammenarbeit im Block. Das trug erheblich dazu bei, die Blockpolitik gegenüber CDU und LDP durchzusetzen.[43]

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Weimarer Republik waren die Gründer von CDU und LDP bereit, sich dem von den Sowjets angeordneten Block anzuschließen. Sie hofften auf diese Weise, der Bevorzugung der KPD durch die Sowjets zu begegnen und Einfluß auf die Politik zu gewinnen.[44] Dabei bedeutete ihre Entscheidung für die Blockpolitik keinen Verzicht auf ein nach demokratischen Grundsätzen arbeitendes Parlament und eine daraus gewählte deutsche Regierung. Sie sahen im Block eher eine Art nationaler Notstandskoalition,[45] die ihre Aufgaben nur vorübergehend, bis zur Bildung

39 Vgl. FISCHER, Alexander: Sowjetische Deutschlandpolitik S. 86 u. S. 103–108.

40 WILKE: Konzeptionen der KPD-Führung 1944/45 S. 254 f. Nach KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 83 darf der Zusammenschluß im Block 1945 nicht von vornherein als „kommunistisches Betrugsmanöver“ abgetan werden. Der Block bot demnach „für eine Übergangsperiode reale Möglichkeiten einer demokratischen Politik“. Auch KULBACH/WEBER: Parteien im Blocksystem S. 15 meinen, daß die Blockpolitik zumindest im Ansatz für eine Übergangsperiode reale Möglichkeiten einer demokratischen Politik bot.

41 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 595.

42 Vgl. STARITZ/SUCKUT S. 435.

43 Vgl. SUCKUT: Block-Ausschüsse S. 595.

44 So auch SUCKUT: Blockpolitik S. 21.

45 Vgl. WERNET-TIETZ: Bauernverband und Bauernpartei S. 39.

einer aus freien Wahlen hervorgegangenen deutschen Regierung zu erfüllen hatte. Vor diesem Hintergrund entwickelten die führenden CDU-Politiker ein eigenes Verständnis, wonach Blockpolitik eine auf Gleichberechtigung und Toleranz gegründete Arbeits- und Ausgleichsgemeinschaft war, in der keine Partei eine führende Rolle innehaben durfte. Blockpolitik war demnach eine der möglichen Formen loyaler Zusammenarbeit von Parteien unter außerordentlichen Umständen, durch die keine Partei ihre programmatische Unabhängigkeit und Oppositionsmöglichkeit verlor.[46] Ähnlich war die Sicht in der LDP. Johannes Dieckmann erklärte, Blockpolitik bedeute die „Absage an ein politisch-parlamentarisches System formalistisch-demokratischen Denkens, dessen Grundformeln die Begriffe Koalition und Opposition waren". Die Blockpolitik erlaube es keiner Partei, „die aufbauwilligen fortschrittlichen Kräfte anderer Parteien aus der Mitverantwortung auszuschließen und eine Alleinherrschaft auszuüben". Sie gestatte es aber auch keiner Partei, sich aus der Verantwortung herauszuhalten.[47] In beiden bürgerlichen Parteien wurde das Blocksystem damit im Sinne des klassischen politischen Konkordanzsystems interpretiert, in dem nicht nach dem Mehrheitsprinzip, sondern nach dem Prinzip des gütlichen Einvernehmens verfahren wird, um zu Entscheidungen zu gelangen.

Die Einwilligung aller Parteigründer zur Mitarbeit im Block hing aber in erster Linie damit zusammen, daß die Lizenzierung der Parteien von ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit abhing. Kurz nach Kriegsende gab es ohnehin kaum Alternativen, als derartige Vorgaben der Besatzungsmacht vorbehaltlos zu akzeptieren. Die Entscheidung fiel jedoch leicht, weil die geforderte Form der Zusammenarbeit den ohnehin vorhandenen Überzeugungen entsprach, daß im zerstörten Deutschland eine parteiübergreifende Kooperation notwendig sei. Außerdem spielten Erfahrungen aus der Weimarer Republik eine Rolle, in der die Zerrissenheit der Parteienlandschaft das Emporkommen der NS-Bewegung gefördert hatte. Trotz des auch in den Westzonen vorhandenen Willens zur Beseitigung der Folgen der NS-Diktatur fällt auf, daß hier keine Block-Ausschüsse entstanden. Die Vorgaben der Besatzungsmächte wurden in allen Zonen von den deutschen Akteuren akzeptiert. CDU und LDP hätten von sich aus eine Block-Kooperation nicht vorgeschlagen. Die Parteien wurden, da von ihrer Bereitschaft zur Mitarbeit ihre Lizenzierung abhing, praktisch in den Block hineingegründet,[48] der damit die „conditio sine qua non der neuen Parteienbetätigung" war.[49] Schon im Mai und Juni 1945 übte die SMAD massiven politischen Druck aus, um die sich bildenden Parteien CDU und LDP auf eine Mitarbeit festzulegen.[50] Dabei bot der „Antifaschismus" als Grundlage

46 Vgl. RICHTER: Die Ost-CDU S. 69–71.
47 „Sächsisches Tageblatt" vom 12. Juni 1947.
48 Vgl. KRIPPENDORFF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands S. 84.
49 EBD. S. 22.
50 Vgl. FISCHER, Alexander: Der Einfluß der SMAD S. 271.